

Heinrich Meyer

Ein neuer Anfang für Honduras?

Zu den Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen vom 30. November 1997

Aus den Wahlen am 30. November 1997 ging der Partido Liberal siegreich hervor, als neuer Staatspräsident wurde Carlos Roberto Flores Facussé gewählt. Erstaunlich ist, daß angesichts der schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise die Wahlbeteiligung nicht gesunken ist, wozu aber auch zwei Wahlrechtsreformen, das voto domiciliario und das voto separado, entscheidend beigetragen haben. Auf der einen Seite wurde der traditionelle Bipartidismus, welcher das Parteiensystem in Honduras kennzeichnet, bestätigt, auf der anderen Seite haben die kleineren Parteien den sich bietenden Spielraum geschickt genutzt. Die Wahlen stellen eine wichtige Etappe im Demokratisierungsprozeß von Honduras dar, welcher aber immer noch auf schwachen Füßen steht. Sicher ist, daß der scheidende Staatspräsident Dr. Carlos Roberto Reina seinem Nachfolger das Land in besseren Konditionen hinterläßt, als er es erhalten hat. Sicher ist aber auch, daß Flores Facussé ein schweres Erbe antreten wird. Die Wahlen vom 30. November 1997 – also wirklich ein neuer Anfang für Honduras?

Am 30. November 1997 fanden in Honduras Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen statt. Gewählt wurden der Staatspräsident sowie drei Designados Presidenciales (Vizepräsidenten), 128 Parlamentsabgeordnete und eine gleiche Anzahl von Stellvertretern, 20 Abgeordnete für das Parlamento Centroamericano (Parlacen) sowie 297 Bürgermeister und 1848 Kommunalbeiräte. Wahlberechtigt waren 2.886.229 Bürger der insgesamt etwa 5,9 Millionen zählenden Bevölkerung von Honduras.

Nach der Rückkehr zur Demokratie, die im Jahre 1980 mit der Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung eingeleitet wurde, existiert in Honduras eine Präsidential-Demokratie. Alle vier Jahre werden zum gleichen Zeitpunkt in freien, gleichen und geheimen Wahlen der Staatspräsident, die Abgeordneten des Parlamentes, des Congreso Nacional, und die kommunalen Volksvertreter gewählt. Eine Wiederwahl des Staatspräsidenten ist nicht vorgesehen, aber bei den Parlamentsabgeordneten wohl möglich; insgesamt 57 Abgeordnete, die schon in der vergangenen Legislaturperiode im Parlament vertreten waren, wurden am 30. November 1997 in ihren Ämtern bestätigt.

Im 20. Jahrhundert haben sich der Partido Liberal und der Partido Nacional in der Leitung der Staatsgeschäfte regelmäßig – allerdings mit einer leichten Dominanz zugunsten des Partido Nacional – abgelöst; auf der anderen Seite konnte aber der Partido Liberal vier von fünf Wahlgängen, die seit der Rückkehr zur Demokratie durchgeführt wurden, für sich entscheiden. Insofern kann man in Honduras von einem traditionellen Bipartidismus oder von einem „Bipartidismus der ersten Generation“ (*El Herald*, 12. November 1997) sprechen.

Um sich als politische Partei einschreiben zu können, ist eine Mindestzahl von 20.000 Parteimitgliedern vorgeschrieben. In den Wahlen müssen auf jeder Ebene wenigstens 10.000 Stimmen erreicht werden, um diesen Status nicht zu verlieren.

Nach Meinung der angesehenen katholischen Wochenzeitung *Fides* stellen diese Wahlen einen neuen Anfang dar, insofern neue Amtsträger gewählt und für die Übernahme öffentlicher Aufgaben somit demokratisch legitimiert sind. Einen neuen Anfang brauche Honduras aber auch dringend, um die wirtschaftliche und soziale Krise zu überwinden und wirksam die sich ausbreitende Armut zu bekämpfen. In der Tat: Nach Haiti ist Honduras heute das zweitärmste Land Lateinamerikas.

Aus der aktuellen Krise könne daher nur die ehrliche und entschiedene Suche nach einem nationalen Konsens herausführen. Die Zeiten, in denen die Regierungen 'sich selbst bedienten' oder die politische Opposition sich von Partikular-Interessen leiten ließ, seien vergangen. Ein neuer Anfang könne daher nur durch eine Regierung der nationalen Integration gesetzt werden, welche durch einen neuen Politik-Stil sowie tiefgreifende Reformen der Hoffnung des honduranischen Volkes auf einen neuen Anfang gerecht werde.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die große Herausforderung in Honduras besteht weiterhin in der Bekämpfung der Armut, unter der sich im Jahre 1997 ca. 81 Prozent der Bevölkerung litten, gegenüber 60 Prozent im Jahre 1980 und 74 Prozent im Jahre 1990. Die Armut nimmt in Honduras also zu und auch die Schere zwischen arm und reich wird weiter. Nach einem Bericht der Weltbank verfügen zwei Drittel der Bevölkerung über 21 Prozent des Nationaleinkommens, während sieben Prozent über ein Drittel disponieren. Diese Ziffer wäre sicherlich noch dramatischer, wenn in diese Berechnung auch die Einkünfte aus Immobilienbesitz einbezogen wären, welche eine weitaus wichtigere Einkommensquelle für die Oberschicht in Honduras darstellen. Der Gini-Koeffizient von 0,49 belegt den hohen Grad der sozio-ökonomischen Ungleichheit in Honduras.

Trotz dieser Lage ist aber durch die Verbesserung der makroökonomischen Rahmenbedingungen und die Wiederbelebung der Volkswirtschaft im Jahre 1997 ein Silberstreif am Horizont erkennbar.

Die Jahre 1994 bis 1996 waren aber für die Mehrheit der Bevölkerung eher eine Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs, welcher vor allem auf folgende Faktoren zurückgeführt wird:

Das Jahr 1994 brachte in Honduras eine gravierende Energiekrise, die ein Schrumpfen des Bruttoinlandsproduktes um 1,4 Prozent zur Folge hatte. Zum anderen bestand ein Haushaltsdefizit in Höhe von ca. zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Außerdem waren internationale Devisenreserven nicht vorhanden; im Gegenteil, es gab zu Beginn des Jahres 1994 einen Negativ-Saldo in Höhe von 27 Millionen US-Dollar.

Diese Faktoren hatten zur Folge, daß die Volkswirtschaft in den Folgejahren auf der Stelle trat und sich die wirtschaftliche Situation für den einfachen Bürger verschlechterte. Im Jahre 1997 trat dann erstmalig seit 1993 eine Erhöhung der Realeinkommen ein, was vor allem auf die Halbierung der Inflationsrate gegenüber dem Vorjahr zurückgeführt wird.

Im Jahr 1997 konnte mit 4,5 Prozent wieder ein erwähnenswertes Wirtschaftswachstum erzielt werden; im Vierjahresdurchschnitt beträgt es allerdings nur 2,7 Prozent, was aber angesichts des jährlichen Bevölkerungswachstums in Höhe von ca. drei Prozent unzureichend ist. Um die Armut wirksam zu bekämpfen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, benötige Honduras aber nach Angaben des damaligen Präsidenten des Banco Central de Honduras (BCH), Hugo Noé Pinto, ein jährliches Wirtschaftswachstum in Höhe von sechs bis acht Prozent.

Die Inflationsrate konnte im Jahre 1997 entgegen den Prognosen auf 12,8 Prozent gedrückt werden; angesichts der hohen Inflation in den Vorjahren, mit der die Lohnerhöhungen nicht Schritt halten konnten, ergibt sich somit endlich eine für die Bevölkerung spürbare ökonomische Erleichterung.

Das Haushaltsdefizit, das sich im Jahre 1994, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, auf zehn Prozent belief, konnte unter Kontrolle gebracht werden und betrug am Jahresende 1997 ca. 2,5 Prozent, was 1,2 Milliarden Lempiras entspricht, und wird im Jahre 1998 vermutlich leicht auf 3,1 Prozent ansteigen.

Die internationalen Währungsreserven werden am Ende der Amtszeit von Dr. Carlos Roberto Reina nun auf 500 Millionen US-Dollar geschätzt.

Ein ernstes Hindernis für die wirtschaftliche Gesundung in Honduras besteht aber weiterhin in der öffentlichen Auslandsverschuldung, die im Jahre 1993 3698 Milliarden US-Dollar und im Jahre 1997 3847 Milliarden US-Dollar beträgt. Auf den Schuldendienst entfallen ca. 40 Prozent des Staatshaushaltes.

Aber auch hier kann eine leichte Erholung verzeichnet werden: Der Schuldendienst, gemessen an den Exporten des Landes, sank von 35 Prozent (1993) auf 22 Prozent (1997). Die Gesamthöhe der Auslandsverschuldung, wiederum gemessen an den Ausfuhren, sank von 301 Prozent (1993) auf 174 Prozent (1997). Und gemessen am Brutto-Inlandsprodukt konnte die Auslandsschuld von 106 Prozent im Jahre 1993 auf 83 Prozent im Jahr 1997 reduziert werden.

Ein weiterer wichtiger Schritt im wirtschaftlichen Erholungsprozeß besteht in der faktischen Stabilisierung des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß die Abwertung gegenüber dem Dollar seit 1993 fast 100 Prozent ausmacht, d.h. daß zur Begleichung des Schuldendienstes nominal fast doppelt soviel in einheimischer Währung aufzubringen ist wie gegenüber 1993.

Die volkswirtschaftliche Erholung hängt natürlich auch mit der Steigerung der Export-Einnahmen zusammen, die sich im Jahre 1997 auf ca. zwei Milliarden US-Dollar beliefen, was vor allem auf den Anstieg der Kaffeepreise und auf das Wachstum der Maquila-Exporte um 400 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgeführt wird. Die 'Maqui-la-Industrie' ist derzeit der wichtigste Wirtschaftszweig in Honduras, insofern in diesem Sektor direkt 95.000 Menschen beschäftigt sind und 346.000 Arbeitsplätze 'indirekt' geschaffen werden.

Nicht erzielt wurden wesentliche Fortschritte in der Bekämpfung der Korruption, die auch Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes mit sich bringt. Nach Angaben von Nelson Muñoz Ceda, Leiter der Comisión de Prevención y Lucha contra la Corrupción, beläuft sich der Verlust durch Korruption und öffentliche Mißwirtschaft (irreguläre Zahlungen, nicht durchgeführte öffentliche Aufträge etc.) auf 1,2 Milliarden Lempiras, was genau der Höhe des Staatsdefizits am Jahresende 1997 gleichkommt.

Nach Angaben der Oficina de Censos y Estadísticos betrug die offizielle Arbeitslosenrate im Jahre 1996 4,6 Prozent und die Unterbeschäftigung 29,4 Prozent. Nach Schätzungen von Efraín Moncada Valladares dürfte sie real aber über 50 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung betreffen.

Zur sozialen Situation

Dieser Verarmungsprozeß hat natürlich auch ernsthafte soziale Folgen, die durchaus einen Erosionsprozeß in der Gesellschaft von Honduras auslösen können.

Nach Einschätzung der katholischen Kirche hat Honduras niemals einen vergleichbaren Prozeß der Verarmung und Hoffnungslosigkeit wie derzeit durchlaufen.

Die Kosten der sogenannten Canasta Básica Alimenticia Diaria – der täglich zum Überleben notwendigen Lebens-mittel – stieg vom Zeitraum 1990/ 1992 bis 1994/1995 um 230 Prozent auf insgesamt 34,6 Lempiras an, während der Mindest-Lohn im gleichen Zeitraum nur um 120 Prozent erhöht wurde. Zwei Millionen Bürger von Honduras müssen aber mit täglichen Einkünften von 33 Lempiras ihren Lebensunterhalt bestreiten. Mit anderen Worten: 47 Prozent der in einem Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitnehmer und 57 Prozent der Arbeitnehmer ohne Arbeits-vertrag erhalten einen Monatslohn, der unterhalb des gesetzlich festgelegten Mindestlohns liegt. Die Folgen dieser Entwicklung sind offen zutage tretende Erscheinungsformen von Hunger sowie Unter- und Fehlernährung.

Nach einem Bericht der Weltgesundheitsbehörde sind 37 Prozent der Kinder in Honduras unterernährt. In den gra-vierendsten Fällen, in den departamentos Lempira, Intibucá, Copán und Ocotepeque, erreicht die Anzahl unterer-nährter Kinder 57 Prozent bzw. sogar bis zu 80 Prozent. Die geschilderte Situation hat zur Folge, daß Kinder zum Teil physisch nicht in der Lage sind, am Unterricht teilzunehmen. Lehrer berichten immer wieder, daß die Kinder aufgrund ihrer mangelhaften Nahrungssituation müde, geschwächt und nicht aufnahmefähig seien. Zudem seien sie oft sogar noch gezwungen, durch ihre Arbeit zum Unterhalt der Familie beizutragen.

Obwohl nach dem Arbeitsgesetzbuch das Mindestalter für den Abschluß eines Arbeitsvertrages 16 Jahre beträgt, existiert Kinderarbeit in Honduras, die ca. 300.000 Kinder betrifft, 50 Prozent davon im Alter zwischen zehn und 14 Jahren. Unter ihnen befinden sich ca. 200.000 Kinder, die unwürdigen Arbeitsverhältnissen, Ausbeutung, schlechter Bezahlung etc. ausgesetzt sind, wie auf einem Seminar über Kinderarbeit bekannt wurde, das von der Secretaría de Trabajo y Previsión Social im Dezember 1997 in Tegucigalpa durchgeführt wurde. Nach einem Bericht der Nicht-Regierungsorganisation Casa Alianza lebt die Mehrheit der Kinder – vor allem auf dem Lande – in Armut und Elend, außerdem soll es in Honduras ca. 5000 Straßenkinder geben.

Diese Situation bringt natürlich auch eine allgemein um sich greifende Hoffnungslosigkeit mit sich, welche sich dann in spontanen Gewaltausbrüchen, Unruhen, Straßenbesetzungen etc. Luft macht. So wurden von Bevölkerungsgruppen im vergangenen Jahr Polizeistationen besetzt, um ihrem allgemeinen Protest Ausdruck zu geben. Mehrfach sind Gruppen von Indigenas zu Protestmärschen nach Tegucigalpa aufgebrochen, um auf ihre marginalisierte Situation aufmerksam zu machen und um auf die Erfüllung der ihnen gemachten Versprechen zu drängen.

In den Jahren 1995 bis 1997 erlebte Honduras eine bisher nicht gekannte Welle der Gewalt und Kriminalität, wie aus der gestiegenen Zahl der Autodiebstähle, Banküberfälle, Entführungen, Morde etc. sichtbar wird. Die Ursachen können möglicherweise mit dem 'Narco-Terrorismus' zusammenhängen, möglicherweise sind auch ehemalige An-gehörige des Militärs und der Polizei verwickelt, möglicherweise handelt es sich aber auch um Erscheinungsformen von 'Armut-Kriminalität'. Diesem Ausbruch der Gewalt und Kriminalität stand die Regierung scheinbar ohnmäch-tig gegenüber, so daß immer wieder das Militär polizeiliche Aufgaben übernehmen mußte, um die öffentliche Si-cherheit zu garantieren. Schon im Jahre 1995 wurde eine sogenannte Comisión Ad Hoc unter der Leitung von Erz-bischof Oscar Andrés Rodríguez eingesetzt, die konkrete Vorschläge und Empfehlungen erarbeitete, um der Welle der Gewalt und Kriminalität entgegenzutreten sowie die Arbeit von Polizei und Justiz zu verbessern. Nach der Er-mordung eines entführten Unternehmers spitzte sich die Situation dann derart zu, daß die katholische Kirche, Un-ternehmerverbände, Gewerkschaften und andere Institutionen am 6. Mai 1997 in San Pedro Sula zu der Demon-stration Marcha por la Paz y la Seguridad Ciudadana aufriefen, um gegen die Gewalt, aber auch gegen die Unfä-higkeit der Regierung, die öffentliche Sicherheit und die individuelle Unversehrtheit zu garantieren, zu protestieren. Wenn die Kriminalität nicht eingedämmt wird, ist nicht nur das Vertrauen in den Rechtsstaat gefährdet, sondern wird auch der Demokratisierungsprozeß in Honduras geschwächt, da gerade dieses Thema in Meinungsumfragen von den Bürgern immer wieder als prioritär angegeben wird. Möglicherweise hat auch die Politikenttäuschung und die Wahlenthaltung mit dem Versagen des Staates in dieser wichtigen Frage zu tun.

Diese Situation der Schutzlosigkeit und Unsicherheit führt natürlich auch dazu, daß die Bevölkerung selbst die Initiative ergreift, daß sich private Wachdienste bilden und daß auch die Nachfrage nach Schußwaffen steigt. Nach Angaben der Zeitung *El Tiempo* soll es in Honduras eine Million nichtregistrierter Waffen geben.

Allein in der Gegend von San Pedro Sula, der Stadt im Norden von Honduras, in der 40 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes des Landes erwirtschaftet wird, sollen 67 Jugendbanden operieren, denen nach Angaben des regionalen Polizei-Präsidenten ca. 40.000 Personen angehören sollen.

Auch die Situation in den Haftanstalten ist unhaltbar; in den Monaten Juli/August 1997 kam es daher zu mehreren Revolten und zu erfolgreichen Ausbruchsversuchen, was dann die Unterstellung der 24 Gefängnisse von Honduras unter militärische Verwaltung zur Folge hatte.

Die Ursache dieser Situation ist zum einen in der Überfüllung der Haftanstalten zu sehen, die nach Angaben des Instituto Latinoamericano de las Naciones Unidas para la Prevención del Delito (ILANUD) mit 146 Prozent angegeben wird. Zum anderen sind von den 9567 Personen, die sich derzeit in Haft befinden, 90 Prozent noch nicht rechtskräftig verurteilt.

Zur Regierung von Staatspräsident Dr. Carlos Roberto Reina (1994 – 1998)

Am 28. November 1993 gewann der Partido Liberal die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen in Honduras. Mit 53,01 Prozent der Stimmen konnte sich Dr. Carlos Roberto Reina klar gegenüber Dr. Osvaldo Ramos Soto (Partido Nacional) durchsetzen, der 42,97 Prozent der Stimmen erhielt. Auch im Parlament konnte der Partido Liberal eine absolute Mehrheit erringen.

Im Wahlkampf kündigte Reina eine 'Revolución Moral' (moralische Revolution) an und versprach, den Kampf gegen die Korruption verstärkt aufzunehmen.

In der Wirtschaftspolitik ging es Reina in besonderer Weise darum, das Land ökonomisch zu stabilisieren, eine Wirtschafts- und Strukturangepassungspolitik 'con rostro humano' (mit menschlichem Gesicht) einzuführen und vor allem die sich ausbreitende Armut in Honduras entschieden zu bekämpfen. So sank das Pro-Kopf-Einkommen in Honduras zwischen 1990 und 1992 von 640 auf 450 US-Dollar, während gleichzeitig die Inflation von neun auf 40 Prozent anstieg. Vor allem aber galt es, das Haushaltsdefizit zu verringern.

Schließlich kündigte Staatspräsident Reina an, die dominierende Stellung des Militärs in Wirtschaft und Gesellschaft einzuschränken, die militärische Dienstpflicht abzuschaffen, die Polizei zu „entmilitarisieren“ und unter zivile Verwaltung zu stellen sowie den Haushalt des Militärs zu reduzieren.

Was die Situation der Menschenrechte angeht, versprach Reina, die sogenannte *impunidad* aufzuheben und damit die Strafverfolgung für Menschenrechts-Verletzungen zu ermöglichen, welche im Zeitraum von 1979 bis 1989 begangen wurden und die den Militärs vorgeworfen werden.

Möglicherweise waren die Ansprüche zu hoch angesetzt, möglicherweise waren die Ziele unerreichbar, möglicherweise wurden auch unerfüllbare Erwartungen geweckt. Vielleicht sind aber auch die strukturellen Probleme von Honduras, die sich im Laufe der Zeit aufgestaut haben, in einer Legislaturperiode nicht zu lösen.

Der scheidende Staatspräsident wurde jedenfalls nicht müde, zu betonen, daß er das Land in besseren Konditionen übergibt, als er es erhalten hat. Demgegenüber wurden aber durch die Reizworte der 'moralischen Revolution' und der 'Wirtschaftspolitik mit menschlichem Gesicht' die Maßstäbe natürlich sehr hoch angelegt, an denen die Politik natürlich dann auch gemessen wird.

Als normal bewertet der stellvertretende Generalsekretär der Central General de Trabajadores (CGT), Daniel Durón, die Arbeit der Regierung Reina, während der Unternehmer Adolfo Facussé diese Tätigkeit auf einer Skala von eins bis zehn die Arbeit mit sieben bewertet. Enttäuschung macht sich jedenfalls in der Bevölkerung breit, wie in den Meinungsumfragen von CID-Gallup zum Ausdruck kommt, wonach die Regierung Reina im Jahre 1997 durchweg negativ eingeschätzt – allerdings mit einer Besserung im letzten Quartal – und von weniger als 20 Pro-zent der Bevölkerung unterstützt wird.

Zu den wichtigsten Leistungen zählt sicher, daß die dominierende Stellung des Militärs in Staat und Gesellschaft reduziert wurde, vor allem durch die Abschaffung der militärischen Dienstpflicht, durch die – allerdings noch nicht abgeschlossene – Unterstellung der Polizei unter eine zivile Leitung und durch die Reduzierung der Militärausgaben.

Des Weiteren sind die makroökonomische Stabilisierung von Honduras, die Überwindung der Energiekrise sowie die Ordnung der Staatsfinanzen unanfechtbare Erfolge des Regierungshandelns, die zweifelslos das Fundament für eine mittel-fristige wirtschaftliche Erholung sind, deren positive Auswirkungen von den Bürgern aber zur Zeit noch nicht wahrgenommen werden.

Schließlich ist auch in den zurückliegenden vier Jahren die demokratische Ordnung durch eine Praktizierung der Gewaltenteilung und durch die Modernisierung des Rechtsstaats weiter gefestigt worden, wenn auch eine eigene, dringend notwendige Justizreform noch aussteht.

Nach einem offiziellen Bericht des Außenministeriums der USA hat sich die Menschenrechtssituation in Honduras im Jahre 1997 gebessert.

Das Hauptproblem im Justizwesen wird aber darin gesehen, daß sich die Immunität von Volksvertretern und anderen hohen zivilen und militärischen Amtsträgern de facto in die *impunidad* gewandelt hat, das heißt, daß das Privileg der Immunität häufig dazu mißbraucht wird, die Verfolgung von Straftaten, die dem genannten Personenkreis angelastet werden, zu verhindern.

Dem ist auf der anderen Seite aber gegenüberzustellen, daß der Kampf gegen die Korruption nur sehr schleppend in Gang kam und nicht mit der nötigen Entschiedenheit vorangetrieben wurde, daß es auch in der Regierung von Dr. Carlos Roberto Reina Fälle von Nepotismus und Korruption gegeben hat. Und vor allem konnte die Verarmung nicht gebremst und die öffentliche Sicherheit nicht garantiert werden.

Und schließlich war das Regierungshandeln auch durch Improvisation, das Fehlen einer politischen Vision und Unschlüssigkeit im Verwaltungshandeln gekennzeichnet. Auch die Chance einer sozialen Konzertation konnte nicht genutzt werden.

Sicher ist daher, daß Dr. Carlos Roberto Reina seinem Nachfolger ein Land in besseren Konditionen übergibt, sicher ist aber auch, daß sein Nachfolger ein schweres Erbe antreten wird und daß sich auch auf ihn – möglicherweise – unerfüllbare Erwartungen richten.

Politische Parteien, Präsidentschaftskandidaten und Programme

Partido Liberal

Der Partido Liberal (PL) wurde im Jahre 1891 gegründet, vor allem um das liberale Gedankengut aufzunehmen, das im 19. Jahrhundert in Zentralamerika verstärkt Einzug hielt. Seine Anfänge können aber bis in die Zeit der Zentralamerikanischen Unabhängigkeit zurückverfolgt werden.

Der PL ist eine der beiden Traditionsparteien des Landes, welche im Laufe ihrer Geschichte ein festverwurzeltes Zweiparteiensystem geschaffen haben, hat sich wirtschaftlichen und sozialen Reformprozessen aufgeschlossen gezeigt und sich in der Geschichte von Honduras durch eine antiautokratische und eine gegenüber dem Militär eher kritische Haltung ausgezeichnet. Es handelt sich aber im Grunde um eine oligarchische Partei, die der Privatwirtschaft nahesteht und in der verschiedene Gruppen zusammengeschlossen sind, deren ideologischer Standort nicht immer eindeutig zu definieren ist, welche sich aber gleichwohl unter dem 'Dach' des PL befinden. Vor allem im städtischen Bürgertum ist die Wählerschaft dieser Partei repräsentiert.

Spitzenkandidat des PL war Carlos Roberto Flores Facussé, ein 47-jähriger Ingenieur, Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmer und Mitinhaber der angesehenen Tageszeitung *La Tribuna*, der über eine reichhaltige politische und administrative Erfahrung verfügt. Die wichtigsten Stationen seiner politischen Laufbahn bestanden in der Ausübung des Amtes eines Präsidentschafts-Ministers 1983/1984 und der Präsidentschaft des Congreso Nacional 1994-1998. Auf die Wahlauseinandersetzung hat er sich intensiv vorbereitet, rechtzeitig in einem Team die Grundlagen seines Regierungsprogramms erarbeitet und durch eine massive Medienpräsenz die Wahlauseinandersetzung eindeutig dominiert.

Die Leitgedanken des Regierungsprogramms, das unter dem Leitwort 'Nueva Agenda para Honduras' steht, sind schon in der Ansprache enthalten, die Flores Facussé während seiner offiziellen Ernennung als Präsidentschaftskandidat des PL am 13. Oktober 1996 hielt.

Ausgangspunkt des Programms ist der Umstand, daß in Honduras die Mehrheit der Bevölkerung in Armut bzw. am Rande des Existenzminimums lebe und daß eine ineffiziente Landwirtschaft mit einer verarmten Landbevölkerung existiere, obwohl ausreichend landwirtschaftliche Nutzfläche vorhanden sei.

Für den ländlichen Raum sehe die 'Nueva Agenda' daher als wichtigste Ziele vor, die eigene Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen und darüber hinaus Überschüsse zu erwirtschaften.

Des Weiteren sieht das Regierungsprogramm von Flores Facussé eine stärkere Partizipation der Arbeitnehmerschaft, höhere Löhne, eine bessere Ausbildung und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor. Dies alles soll auch zur Steigerung der Produktivität beitragen.

Weitere Themen, die in der 'Nueva Agenda' behandelt werden, sind:

- hohe Lebenshaltungskosten,
- hohe Kosten für öffentlichen Transport,
- Bekämpfung der Spekulationen,
- Neuordnung der Wirtschaft,
- Personalabbau im öffentlichen Dienst.

Insgesamt wird davon ausgegangen, daß volkswirtschaftlicher Wohlstand auch Wohlstand für die Privathaushalte bedeutet.

Besonderes Augenmerk richtet Flores mit seinem Programm auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen, die bislang eher marginalisiert sind, wie z.B. Frauen und Jugendliche.

Schließlich soll die Korruption energisch bekämpft, das Vertrauen in die Justiz wiederhergestellt und die Sicherheit der Bürger verbessert werden.

Partido Nacional

Der Partido Nacional (PN) hat in der Geschichte von Honduras immer eine Nähe zu den Militärs gezeigt. Die Partei wurde im Jahre 1902 als Abspaltung vom PL gegründet, kann als traditionalistisch-konservativ bezeichnet werden und vertritt vor allem die Interessen der Oligarchie in Honduras. Derzeit kann sie aber wie der PL als Sammlungs-bewegung oder Wahlverein beschrieben werden, in welchem verschiedene Gruppen und Personen um die Macht ringen, ohne daß ein ausreichendes gemeinsames ideologisches Profil zu erkennen ist. Durch die zum Teil äußerst heftig geführten, internen Spannungen ging der PN geschwächt in die Wahlen am 30. November 1997.

Erstmalig in der Geschichte von Honduras bewarb sich mit Nora Gúnera de Melgar eine Frau für das höchste Staatsamt. Die 57-jährige Witwe war mit General Juan A. Melgar verheiratet, der in der Zeit der Militärdiktatur von 1975 bis 1978 das Amt des Staatspräsidenten innehatte. In der Zeit von 1989 bis 1993 war sie Bürgermeisterin der Hauptstadt Tegucigalpa. Im Wahlkampf wirkten sich nachteilig für die ehemalige Grundschullehrerin insbesondere die internen Spannungen im PN sowie ihre geringen politisch-administrativen Erfahrungen aus.

In Grundzügen präsentierte die Präsidentschaftskandidatin des PN ihr politisches Programm während des Parteikonvents, welcher erstmalig von dieser Partei am 3. Februar 1997 durchgeführt wurde; das Regierungsprogramm wurde dann auf dieser Grundlage erarbeitet und im Oktober 1997 öffentlich präsentiert. Folgende Ziele stehen dabei im Mittelpunkt:

- Erarbeitung eines strategischen 20-Jahres-Plans, der die Konsolidierung der Demokratie ermöglicht und eine nachhaltige Entwicklung in Honduras fördert;
- Bekämpfung der Korruption, der Armut und der Kriminalität;
- Abschaffung von Gesetzen und Verhaltensweisen, welche Paternalismus und Protektionismus fördern, sowie die Beseitigung staatlicher Monopole;
- Spezielle Programme in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Justiz;
- Die Schaffung neuer Arbeitsplätze;
- Politische Dezentralisierung.

Partido Inovación y Unidad – Social Demócrata

Die Partei Partido Inovación y Unidad – Social Demócrata (PINU-SD) wurde im Jahre 1974 gegründet und juristisch im Jahre 1979 anerkannt. Ihre Wurzeln gehen jedoch auf das Jahr 1969 zurück, als sich während des Krieges mit El Salvador aus Dissidenten der beiden Traditionsparteien ein Comité Cívico por la Defensa Nacional bildete, um eine Politik der nationalen Einigung und sozialen Reformen zu fordern. Seit den achtziger Jahren kann der Standort dieser Partei als sozialdemokratisch beschrieben werden; insbesondere tritt sie für die notwendige Trans-formation in Honduras, für die Entmilitarisierung der Politik und für soziale Reformen ein.

Olban Valladares, ein 57-jähriger Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer, war wie bereits im Jahre 1993 Spitzenkandidat des PINU. Der Mitbegründer dieser Partei ist mitverantwortlich für die sozialdemokratische Wendung des PINU in den achtziger Jahren und will durch sein politisches Engagement vor allem den traditionellen Bipartidismus in Honduras brechen, in dem er ein entscheidendes Entwicklungshindernis sieht.

Das Regierungsprogramm des PINU, das unter dem Leitwort 'Volver al Campo' steht, bezieht sich vor allem auf die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Modernisierung der Staatstätigkeit. So geht es um die Schaffung eines 'Kapitalismus' für das Volk', in welchem der interne Markt die Basis für das Wachstum der Volkswirtschaft darstellen soll. Hierfür ist eine Diversifizierung der Agrarproduktion und -industrie vorgesehen, die der Staat fördern und regulieren soll, da die Marktkräfte in diesem Fall nicht ausreichend seien. Unterstützt werden sollen vor allem landwirtschaftliche Klein- und Kleinstbetriebe.

Im Bereich der Staatsmodernisierung führt der PINU zunächst auf, daß die derzeitige Verwaltung offensichtlich nicht in der Lage sei, die drängendsten Probleme von Honduras zu lösen und den Erfordernissen des Gemeinwohls gerecht zu werden. Dieser Sachverhalt spiegele sich in dem Fehlen einer rechtlichen und ethischen Verantwortlichkeit des öffentlichen Handelns sowie in der unzureichenden fachlichen Qualifikation und Professionalisierung des öffentlichen Dienstes, in dem defizitären Justizwesen, das sich in dem hohen Grad von *impunidad*, Kriminalität und individueller Gewalt zeige, sowie im Scheitern des neoliberalen Modells wider.

Partido Demócrata Cristiano de Honduras

Der Partido Demócrata Cristiano de Honduras (PDCH) wurde am 10. September 1968 von Führern ländlicher Gewerkschaften, vor allem der Unión Nacional Campesina (UNC) und der Central General de Trabajadores (CGT), Genossenschaftlern und Personen gegründet, die der Katholischen Soziallehre nahestanden, erreichte aber erst im Jahr 1980 seine juristische Anerkennung. Aufgrund des festgefügteten Bipartidismus sowie einer schwer auf-zubrechenden traditionsorientierten politischen Kultur, die durch Klientelismus und Paternalismus gekennzeichnet ist, aber auch aufgrund interner Probleme konnte die Partei sich bisher nicht wirksam im Parteiensystem von Honduras etablieren. Als Partei, die für die Erhaltung der Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit eintritt, hatte sie es in den achtziger Jahren sehr schwer, sich gegen die traditionellen Interessen der Parteien PL und PN sowie des Militärs durchzusetzen. Hinzu kommt, daß in dieser Zeit ideologische Spannungen und politisches Fehlverhalten die Partei fast an den Rand ihrer Existenz brachten. In einem energischen, zum Teil auch schmerzhaften Erneuerungsprozeß gelang es dem PDCH allerdings in den Wahlen im Jahre 1993, sein juristisches Überleben zu sichern. 1997 präsentierte er sich als reformierte, programmorientierte, geeinte und organisatorisch gestärkte Partei, der allerdings durch den geringen finanziellen Spielraum unverkennbare Grenzen gesetzt waren.

Der PDCH stellte Arturo Corrales Alvarez, den Sohn des angesehenen Mitbegründers dieser Partei, Professor Dr. Hernán Corrales Badilla, als Präsidentschaftskandidaten auf. Das politische Denken des 36-jährigen Ingenieurs und Unternehmers ist entscheidend von der Katholischen Soziallehre, dem Kommunitarismus und der Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Trotz des weitgehenden Fehlens finanzieller Ressourcen konnte er durch eine dynamische Wahlkampf-führung auf sich aufmerksam machen, in welcher die programmatischen Aspekte im Vordergrund standen.

Das Regierungsprogramm von Präsidentschaftskandidat Arturo Corrales enthält vor allem zwei fundamentale Ziele:

- die Bekämpfung der Armut sowie
- die Demokratisierung der Gesellschaft von Honduras.

Grundsätzlich spricht sich der PDCH weiter für die Einführung einer Sozialen Marktwirtschaft aus, in welcher der Mensch im Mittelpunkt stehe und der Staat die Rahmenbedingungen zu setzen habe, um eine menschliche, gerechte und solidarische Gesellschaft zu schaffen. An dem notwendigen Transformationsprozeß, den Honduras durchlaufen müsse, sei die 'Sociedad Civil' entsprechend zu beteiligen.

Das Regierungsprogramm enthält fünf strategische Leitideen:

1. Umgestaltung der honduranischen Volkswirtschaft und Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, wobei die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Steigerung der Einkommen sowie die Preisstabilität im Mittelpunkt stehen.
2. Ein Bildungs- und Erziehungswesen, welches strategisch auf das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ausgerichtet ist.
3. Demokratisierung und politische Partizipation.
4. Eine Außenpolitik, die sich am Ziel der nationalen Identität und Souveränität orientiert sowie eine schlüssige Politik gegenüber der Globalisierung, der regionalen Integration und der Auslandsverschuldung verfolgt.
5. Ein Programm der moralischen Erneuerung, das die Beachtung ethischer Prinzipien bei der Übernahme eines politischen Amtes und in der öffentlichen Verwaltung sowie eine grundlegende Reform des Justizwesens fordert.

Partido Unificación Democrática

Der Partido Unificación Democrática (PUD) ging im Jahre 1994 aus dem Zusammenschluß der vier linken Parteien Partido de Renovación Patriótica (PRP), Partido Revolucionario Hondureño (PRH), Partido para la Transformación de Honduras (PTH) und Partido Morazanista de Liberación (PML) hervor. Der PUD definiert sich als fortschrittliche Volkspartei, deren Mitgliederschaft allerdings aus Personen und Gruppen sehr unterschiedlicher Herkunft besteht, so daß diese linke Sammlungspartei ihre Stabilität noch unter Beweis stellen muß.

Präsidentenskandidat des PUD war Matías Funes, ein 44-jähriger bekannter Philosophie-Professor, der von seiner Partei gleichzeitig auch als Kandidat für das Parlament aufgestellt worden war. Er gehört seit seiner Studentenzeit linksgerichteten politischen Gruppen an und bezeichnete sich selbst als „Kandidat der Armen“.

In dem Regierungsprogramm 'Proyecto Nacional Político' werden insbesondere die Erhöhung der nationaler Wirtschaftskraft und Produktivität, die Förderung der Demokratisierung, politische und außenpolitische Souveränität, eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, die gerechte Beteiligung des honduranischen Volkes an Politik und Wirtschaft, die Verbesserung des Erziehungswesens sowie die Stärkung der Institutionen, die das Land für seine Entwicklung benötigt, als Leitgedanken aufgeführt.

Unter den konkreten Lösungsvorschlägen können beispielhaft genannt werden: Das Problem der Auslandsschulden soll gemeinsam mit anderen lateinamerikanischen Schuldnern angegangen werden; kleine und mittlere Unternehmen sollen massiv gefördert werden; der Zugang zu Trinkwasser und gesundheitlicher Versorgung soll für die gesamte Bevölkerung garantiert werden; die Rechte der Frauen, Kinder und ethnischen Minderheiten sollen besonders gefördert werden; die Gewerkschaftsbewegung soll in der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht beeinträchtigt werden; die Korruption soll entschiedener bekämpft werden; am Prozeß der Zentralamerikanischen Integration soll aktiv mitgearbeitet werden.

Die in den verschiedenen Programmen gemachten Vorschläge weisen offensichtlich eine große Ähnlichkeit auf, was aber durchaus erklärlich ist, da sie von den zentralen Herausforderungen des Landes bestimmt und gewissermaßen 'von der Not diktiert' sind. Unterschiede und Nuancen lassen sich aber in den politischen Grundsätzen der Parteien, der Realisierbarkeit der unterbreiteten Vorschläge sowie dem Differenzierungsgrad der Argumentation erkennen.

Andererseits bietet diese weitgehende Übereinstimmung aber auch die Chance für eine intensive Zusammenarbeit der Parteien zur Lösung der drängendsten Probleme von Honduras und erleichtert die vorgesehene Konzertation.

Wahlrechtsreformen

Schon frühzeitig begannen die Vorbereitungen für die Wahlen am 30. November 1997, welche in absolut sauberer Weise stattfinden sollten. Jedem möglichen Wahlbetrug sollte von vorneherein vorgebeugt werden. Außerdem sollte die Bevölkerung auch auf diese Weise zur Teilnahme an den Wahlen motiviert werden.

Daher wurden das Bevölkerungs- und Wahlregister im Registro Nacional de Personas (RNP) beizeiten bereinigt und ein neuer Personalausweis, die Tarjeta Unica de Identidad, ausgegeben, welcher allein zur Stimmabgabe berechtigen sollte. Dieser Prozeß sollte schon im Dezember 1996 abgeschlossen sein, um Manipulationsmöglichkeiten und parteipolitisch motivierte Einflußnahme gänzlich auszuschließen. Leider mußte aufgrund technischer Probleme der beauftragten Firma, aufgrund von Unregelmäßigkeiten im RNP, aber auch aufgrund von Versäumnissen der Bürger selbst dieses Vorhaben immer weiter herausgezögert werden, so daß die weiter unten beschriebenen organisatorischen und politischen Probleme auftraten.

Die Teilnahme an den Wahlen vom 30. November 1997 wurde aber vor allem attraktiver gemacht durch zwei Reformen, welche unter anderem in dem 1995 verabschiedeten Ley Electoral de Asociaciones Públicas enthalten sind: dem 'Voto Domiciliario' und dem 'Voto Separado':

'Voto Domiciliario' bedeutet, daß die Wähler erstmals in Wohnortnähe wählen konnten, so daß die Entfernung zum Wahllokal maximal etwa zwei km betrug. Früher wurden die Wähler gemäß alphabetischer Reihenfolge auf die verschiedenen Wahlzentren in einem departamento verteilt, mit der Folge, daß etwa 70 Prozent der Wähler zu den Wahlurnen transportiert werden mußten, was den politischen Parteien entsprechende organisatorische und logistische Fähigkeiten abverlangte sowie außerdem hohe Kosten verursachte.

'Voto Separado' bedeutet, daß erstmals drei Stimmen von einem Wähler auf verschiedenen Wahlzetteln vermerkt werden konnten: eine Stimme für die Präsidentschafts-, eine Stimme für die Parlaments- und eine Stimme für die Kommunalwahlen. Früher war es so, daß nur eine Stimme auf einem Wahlschein abgegeben werden konnte, d.h. daß mit der Entscheidung für einen Präsidentschaftskandidaten automatisch auch eine Entscheidung für dessen Partei auf Parlaments- und Kommunalebene getroffen wurde.

Beide Reformen eröffneten große Chancen für die kleineren Parteien, die von ihnen auch angemessen genutzt wurden. Hervorzuheben ist auch die Tatsache, daß die Wähler in kluger Weise das Recht in Anspruch genommen haben, auf den verschiedenen Ebenen für verschiedene Parteien zu wählen. Am deutlichsten sichtbar ist dieser Sachverhalt in Tegucigalpa nachweisbar, wo Carlos Roberto Flores Facussé (PL) als Präsidentschaftskandidat mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde und auf der anderen Seite sich Dr. César Castellanos (PN) mit absoluter Mehrheit als Bürgermeister der Hauptstadt von Honduras durchsetzen konnte.

Beide Reformen haben also wesentlich zur Belebung der Politik in Honduras und zu mehr Wettbewerb zwischen den Parteien beigetragen. Der nächste Schritt müßte darin bestehen, daß die Parlamentskandidaten namentlich auf dem Stimmzettel aufgeführt werden und daß unter ihnen ausgewählt werden kann. In den Wahlen vom 30. November 1997 wurde die Parlamentsstimme allein auf den Namen der Partei ausgeschrieben.

Wahlkampf

Ein Wahlkampf im eigentlichen Sinne, d.h. die Auseinandersetzung zwischen den Parteien und ihren Kandidaten über die politische Zukunft von Honduras, eine wirkliche politische Debatte, hat nur sehr verhalten stattgefunden.

Im Vordergrund standen die Propaganda in den audiovisuellen Medien und die Verteilung von Werbematerial (Fahnen, Aufkleber, Mützen, T-Shirts etc.).

Dies ist vor allem auf die 'Politikmüdigkeit' und auf die Apathie der Bevölkerung von Honduras zurückzuführen, welche der großen Versprechen überdrüssig und angesichts der wirtschaftlichen Krise des Landes erschöpft ist und somit wenig Interesse für politische Fragen zeigte.

Dominiert wurde die Medienpräsenz eindeutig von den Mehrheitsparteien und hier wiederum vom Partido Liberal, da nur die beiden großen Traditionsparteien über ausreichende finanzielle Mittel verfügten.

Der Wahlkampf war derart anspruchslos, daß die katholische Kirche sogar empfahl, die Fernsehgeräte abzuschalten, wenn die Parteien nur die üblichen Versprechungen, untermalt mit eingängigen Melodien, präsentierten.

Für größeres Aufsehen sorgte in besonderer Weise die Auseinandersetzung zwischen den politischen Parteien um die in Honduras traditionelle repräsentative Fernseh-Debatte zwischen den Präsidentschaftskandidaten, welche am 16. Oktober 1997 stattfinden sollte. Nicht einigen konnte man sich über die Vorgehensweise: Carlos Roberto Flores Fa-cussé wollte allein mit Nora Gúnera de Melgar debattieren, während Arturo Corrales darauf bestand, eine offene Debatte unter den fünf Präsidentschaftskandidaten und den anwesenden Journalisten mit der Gelegenheit zu Rückfragen durchzuführen. Möglicherweise ist es bezeichnend, daß sich die Parteien in dieser wichtigen Frage nicht einigen konnten. So kam es nur zu Diskussionen und Debatten in einer eher privaten, von den Medien nicht direkt übertragenen Form.

Zum anderen verursachte die Ankündigung des stellvertretenden Abgeordneten-Kandidaten Jorge Zelaya (Partido Nacional) am 17. Oktober 1997 Aufregung, als er seine Kandidatur und die damit verbundene Immunität als künftiger Angehöriger der Legislative für eine Million Lempiras verkaufen wollte, um dadurch den Bau seines Wohnhauses zu finanzieren. Dieser Sachverhalt wurde dann insofern zu einem Wahlkampf-Thema, als viele Parlamentskandidaten zur politischen Immunität Stellung nahmen und sich von Zelaya distanzieren, dessen Verhalten in der Tat die politische Klasse in Honduras in Mißkredit brachte.

Ein weiterer mißliebiger Fall besteht in dem Versuch des neugewählten Abgeordneten Calvin Weddle (Partido Liberal), durch großzügige finanzielle Geschenke Fraktionskollegen zu beeinflussen, um sich so zum Präsidenten des Congreso Nacional wählen zu lassen, deren Vize-Präsident er heute ist.

Eine aktive und fordernde Rolle spielte in besonderer Weise die katholische Kirche, welche die Parteien und die Kandidaten immer wieder an ihre Verantwortung für die Demokratie erinnerte. Mehrfach hatte sie, vor allem über die Kommentare in ihrer Wochenzeitschrift *Fides*, die politischen Parteien gemahnt, den Bürgern im Wahlkampf mehr politische Bildung und Orientierung zu vermitteln und Lösungen für die dringendsten Probleme des Landes zu unterbreiten. Kritisiert wurde vor allem die an amerikanischen Vorbildern orientierte Wahlkampagne. Die Indifferenz, Passivität und Apathie, mit welcher die Bevölkerung darauf reagierte, erklärten sich eben durch diese Oberflächlichkeit der politischen Werbung und durch das Defizit an politischer Information.

Außerdem hatte die Conferencia Episcopal de Honduras (CEH) schon im April 1997 einen Hirtenbrief mit dem Thema 'Reflexiones Eticas' vorgelegt, welcher generelle Überlegungen zum Stand der Demokratisierung in Honduras enthält, aber auch konkrete Empfehlungen und Erwartungen an die Politik ausspricht.

Weiterhin lud der Erzbischof von Tegucigalpa, Monseñor Oscar Andrés Rodríguez, der auch Präsident des Consejo Episcopal Latinoamericano (CELAM) ist, am 11. September 1997 die Präsidentschaftskandidaten ein, um mit ihnen die Sorgen der katholischen Kirche über die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Honduras zu erörtern und sie zu einem entschiedenen Einsatz für das Gemeinwohl anzuhalten. Eine ähnliche Initiative fand seitens der evangelischen Kirchen am 7. Oktober 1997 statt.

Ernsthaft in Frage gestellt wurde die Durchführung der Wahlen dann durch die Tatsache, daß aufgrund technischer Probleme (s.o.) nur 63 Prozent der Wähler über den neuen Personalausweis verfügten, welcher allein, um jeglichem Betrug entgegenzuwirken, zur Teilnahme an den Wahlen berechtigen sollte.

Der Partido Nacional bestand zunächst darauf, daß wie vereinbart nur mit diesem neuen Ausweis abgestimmt werden dürfte, was automatisch den Ausschluß von 37 Prozent der Wählerschaft (ca. 600.000 Bürgern) bedeutet hätte, und war bereit, von dieser Frage seine eigene Mitwirkung an den Wahlen abhängig zu machen, was diese natürlich dann entsprechend diskreditiert und eine verfassungsrechtlich und politisch äußerst schwierige Situation hervorgerufen hätte. Aufgrund einer Initiative, die vor allem von den sogenannten Minderheitsparteien ausging, wurde dann erst am 28. November 1997, d.h. zwei Tage vor den Wahlen, der Beschluß des Tribunal Nacional de Elecciones (TNE) von den politischen Parteien offiziell angenommen, nach dem Grundlage für das Stimmrecht die Eintragung ins Wahl-Register ist und für die Identifikation des Wahlbürgers sowohl der alte als auch der neue Ausweis verwendet werden konnte. Auf diese Weise sei gesichert, daß keine Person doppelt abstimmen könne.

Dieser Kompromiß hatte allerdings auch zur Folge, daß ca. 90.000 Personen aus dem Censo Nacional Electoral (Wahlregister) 'ausgeschlossen' wurden, da ihre Existenz nicht eindeutig zu klären war oder es sich um Angehörige der Streitkräfte bzw. der Polizei handelte. Diese Lösung wurde von den Spitzenkandidaten im Beisein der jeweiligen Parteiführung buchstäblich 'in letzter Minute' gefunden. Zwar wurde diese Einigung als Akt politischer Reife und als patriotische Übereinkunft gefeiert, auf der anderen Seite zeigte aber gerade dieser Vorgang die Labilität des Demokratisierungsprozesses auf, da es nicht beizeiten gelungen ist, ein für die demokratische Ordnung derart fundamentales Problem rechtzeitig und einvernehmlich zu lösen.

Zum Wahlverlauf

Die Wahlen sind korrekt, sauber und transparent verlaufen und fanden in einer friedlichen Atmosphäre statt. Allerdings haben sie nicht die volksfestartige Begeisterung gefunden, in welcher Wahlen in Zentralamerika häufig stattfinden. Die Bevölkerung hat mit Ernst und Verantwortungsbewußtsein ihr Wahlrecht wahrgenommen, da 'nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Krise' eine eher gedrückte Grundstimmung vorherrschte.

Kleinere organisatorische Defizite und Unregelmäßigkeiten sind vorgekommen, dürften das Wahlergebnis aber nicht ernsthaft verändert haben. Es wurden insgesamt 3068 Wahlzentren, im allgemeinen in öffentlichen Gebäuden, vor allem in Schulen, eingerichtet, in welchen sich insgesamt 9042 Wahllokale befanden. Jedes Wahllokal (mesa de votación), in dem durchschnittlich 300 Wähler verzeichnet waren, wurde von einem pluralistisch zusammengesetzten Wahlvorstand geleitet, dem durchschnittlich fünf bis zehn Personen angehörten.

Kleinere Unregelmäßigkeiten ergaben sich dadurch, daß Wahllokale zu spät öffneten, daß die Stimmzettel zu spät übergeben wurden oder nicht ausreichten, daß die Wahlvorstände nicht vollständig waren oder zu spät ihre Arbeit aufnahmen und daß der Ort der Wahlzentren kurzfristig verlegt werden mußte. Im Grunde aber kann die organisatorische Leistung der noch jungen Demokratie in Honduras nicht hoch genug anerkannt werden, diese allgemeinen Wahlen ohne größere Zwischenfälle transparent und korrekt durchgeführt zu haben. Vor allem verdient das ehrenamtliche Engagement der Wahlvorstände hervorgehoben zu werden, was neben der Wahlbeteiligung ein Anzeichen für ein erstaunliches Maß an Partizipationsbereitschaft darstellt.

Ein weiteres Problem bestand darin, daß häufig die Liste der 'Ausgeschlossenen' den Wahlvorständen zu spät oder sogar gar nicht übergeben wurde, so daß dieser Personenkreis sich in Einzelfällen an der Wahl beteiligen konnte und die Stimmabgabe nicht mehr rückgängig zu machen war.

Auch die Entscheidung des Tribunal Nacional de Elecciones (TNE) am Wahltag selbst, daß diejenigen Wahllokale, welche nicht, wie vorgesehen, früh morgens um 6.00 Uhr geöffnet waren, die Stimmabgabe um eine Stunde bis um 17.00 Uhr verlängern konnten, wurde nicht überall bekannt.

15.000 Angehörige der Streitkräfte und der Polizei sorgten für die öffentliche Sicherheit am Wahltag und überwachten den Wahlprozeß.

Zu Unregelmäßigkeiten und Wahlfälschungen soll es vor allem in den departamentos Choluteca, Santa Bárbara und in dem Ort Tela gekommen sein, wo zum Teil die Stimmen neu ausgezählt werden mußten. Am eindeutigsten konnte Wahlbetrug in den Gemeinden Orocuina und Marcovia (Provinz Choluteca) nachgewiesen werden, wo in einem Wahllokal 937 Stimmzettel gezählt wurden, während im Wahlregister nur 400 Wahlberechtigte verzeichnet waren. In Einzelfällen soll es darüber hinaus zur Beeinflussung der Mitglieder der Wahlvorstände und zu Bestechungsversuchen gekommen sein.

Insgesamt mußten vom TNE mehr als 70 Einsprüche bearbeitet werden, bevor dann am 29. Dezember 1997 das vorläufige amtliche Endergebnis bekanntgegeben werden konnte, das dann nach einer Einspruchsfrist von 18 Tagen mit leichten Korrekturen Ende Januar 1998 offiziell bestätigt wurde.

Die Gesamtkosten für die Durchführung dieser Wahlen dürften sich auf 250 Millionen Lempiras (ca. 19 Millionen US-Dollar) belaufen, wobei davon auf die Einführung des neuen fälschungssicheren Personalausweises etwa 150 Millionen Lempiras entfielen. Die Wahlkampferrichtung pro Stimme beträgt zwölf Lempiras (fast ein US-Dollar), wobei die Gesamthöhe der Zuwendung nach der höchsten Stimmenzahl ermittelt wird, welche eine Partei auf Präsidentschafts-, Parlaments- oder Kommunalebene erhalten hat.

Die bekanntgewordenen Unregelmäßigkeiten sind eindeutig Einzelfälle, welche auf das Fehlverhalten von Personen zurückzuführen sind, und haben sowohl den Prozeß der Stimmabgabe als auch das Wahlergebnis nicht wesentlich beeinträchtigt. Hervorgehoben werden sollte demgegenüber das Verantwortungsbewußtsein, die Partizipationsbereitschaft, die friedliche Atmosphäre und die organisatorische Leistung in der Durchführung dieser Wahlen. Andererseits täten die politischen Parteien, vor allem, wenn eigene Mitglieder involviert sind, gut daran, diese Unregelmäßigkeiten zu untersuchen und daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Nicht zuletzt deshalb wertet die katholische Kirche die erfolgreich durchgeführten Wahlen als einen bedeutenden Fortschritt im Demokratisierungsprozeß von Honduras, auch wenn der Wahlprozeß nicht „chemisch rein“ war, wie ein Mitglied des Tribunal Nacional de Elecciones sagte. Die Zeitung *La Prensa* spricht sogar von einem „Triumph für Honduras“. In der Tat: Angesichts der gravierenden wirtschaftlichen Krise, angesichts des noch jungen Demokratisierungsprozesses hat die honduranische Bevölkerung ein Zeichen demokratischer Kultur gesetzt und mit politischer Reife die Wahlen am 30. November 1997 durchgeführt.

Zum Wahlergebnis

Carlos Roberto Flores Facussé, der 52,63 Prozent der Stimmen erhielt, und mit ihm der PL haben einen überzeugenden Wahlerfolg errungen. In 14 von 18 departamentos hat der PL die Mehrheit der Stimmen gewonnen und stellt darüber hinaus auch die überwiegende Mehrheit der Bürgermeister des Landes.

Dieser überzeugende Sieg ist umso bemerkenswerter, als die Regierung Reina unpopulär und die Bevölkerung daher aufgrund fehlender wirtschaftlicher und sozialer Erfolge von der derzeitigen Administration sehr enttäuscht ist.

Aus diesem Grund ist der Wahlerfolg vor allem das Ergebnis einer äußerst intensiven Vorbereitung der Gruppe um Flores Facussé zu verstehen, welche in der rechtzeitigen Präsentation des Regierungsprogramms, der Nueva Agen-da, gipfelte, und ist zudem sicherlich auch das Resultat einer massiven, kostspieligen und perfekten politischen Werbekampagne.

Insofern handelt es sich bei dem Wahlergebnis in erster Linie um einen großen persönlichen Erfolg von Flores Facussé, der sich auch in der Zeit als Parlamentspräsident große Anerkennung, vor allem in sozialen Fragen und bei der Vermittlung in politischen Konflikten, erworben hatte, als um eine Bewertung der Regierungstätigkeit oder um eine eindeutige Zustimmung zur Politik seiner Partei.

Einerseits ist erstaunlich, daß der PN die offenkundige Schwäche des Partido Liberal aufgrund des fehlenden Erfol-ges in der von ihm geführten Regierung nicht genutzt hat, um einen politischen Wechsel herbeizuführen. Letztlich sind dafür aber die innere Zerrissenheit im Partido Nacional sowie eine fehlende programmatische Modernisierung verantwortlich.

Andererseits überrascht angesichts dieser tiefen inneren Differenzen, daß Nora Gúnera de Melgar 42 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, was nach Meinung vieler Beobachter eine Anerkennung ihres hohen persönlichen Einsatzes im Wahlkampf und ihrer persönlichen Redlichkeit darstellt. In den Meinungsumfragen lag sie zeit-weise sogar um 20 Prozent hinter Flores Facussé zurück. Die Tatsache, daß der PN auf Parlaments- und Kommu-nalebene mehr Stimmen erzielt hat, widerspricht dem nicht, sondern ist eher ein Beleg für die innere Zerrissenheit der Partei. Angelastet wurde der Präsidentschaftskandidatin des PN weiterhin, daß sie von in öffentliche Skandale verwickelten Personen gestützt wurde, was trotz ihrer persönlichen Integrität Zweifel an ihrer Führungskraft und ihrer Politik aufkommen ließ. Und schließlich war Nora Gúnera de Melgar offenkundig Flores Facussé in politisch-administrativer Erfahrung, akademischer Ausbildung und auch in politischer Rhetorik eindeutig unterlegen.

Bei den Minderheitsparteien überrascht, daß der PUD problemlos, trotz eines äußerst limitierten Wahlkampfetats auf allen Ebenen, mehr als 10.000 Stimmen erhalten hat, welche für die rechtliche Weiterexistenz als politische Partei gesetzlich vorgeschrieben sind.

Erstmals hat mit dem PUD eine Partei der Linken an den Wahlen in Honduras teilgenommen. Auf Anhieb gelang ihr der Einzug in den Congreso Nacional mit einem Abgeordneten.

Der Erfolg dieser Partei erklärt sich zum einen damit, daß sie von einem Gewerkschaftsverband, der Central Unitaria de Trabajadores Hondureños (CUTH), tatkräftig unterstützt wurde. Zum anderen gibt es eine historische Tradition 'linken Denkens' in Honduras (z.B. wurde die Kommunistische Partei schon im Jahre 1925 gegründet), welches nun seine politische Organisationsform in dieser Partei fand. Schließlich profitierte der PUD auch von dem 'Neuigkeits-faktor', welcher das Interesse an dieser Partei erklärt. Nicht zuletzt machen auch die gravierende Armut und der wirtschaftliche Niedergang, den die Bevölkerung trotz der makroökonomischen Erholung im Jahre 1997 durchmacht, es einer linken Partei leicht, Zustimmung zu finden. Allerdings ist es allein mit dem Anklagen der Mißstände nicht getan. Ob die Partei in der Lage sein wird, eine konstruktive Rolle in der Politik von Honduras zu spielen und sich im Parteienspektrum zu etablieren, muß die Zukunft erweisen. Auf der anderen Seite können dieser Partei durchaus Chancen eingeräumt werden, nimmt sie doch den bisher verwaisten Platz auf der linken Seite des Parteienspektrums ein.

Daß der PINU sein Ergebnis gegenüber 1993 verbessern konnte, überrascht nicht, verfügte die Partei in der zurück-liegenden Periode doch schon über eine parlamentarische Präsenz, welche ihr darüber hinaus einen kontinuierlichen Zugang zu den Medien ermöglichte. Außerdem zeigt sich, daß der Wähler durchaus bereit ist, die politische Lei-stung auch kleinerer Parteien anzuerkennen.

Überrascht hat auch das Ergebnis für den PDCH. Ging es 1993 nach den internen Querelen am Anfang der neunziger Jahre, die fast zum Verschwinden dieser Partei geführt hatten, noch darum, die rechtliche Existenz dieser Partei zu sichern, so bestand bei den Wahlen 1997 das Ziel darin, die Grundlagen für das politische Überleben dieser Partei zu legen. In fast allen Wahlbezirken des Landes war sie nun mit einer eigenen Organisation vertreten, in fast alle Wahlvorstände wurden Mitglieder des PDCH entsandt.

Das selbstgesteckte Ziel, künftig mit zwei Abgeordneten im Parlament von Honduras und mit einem Abgeordnetem im 'Parlacen' vertreten zu sein, wurde erreicht. Darüber hinaus stellt der PDCH 35 Kommunalbeiräte. Die Christ-demokraten haben damit das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt, welches ihnen gute Chancen für die Zukunft einräumt, wenn der somit gewonnene politische Spielraum durch überzeugende Sacharbeit genutzt wird. Hervorzuheben ist, daß sie auf kommunalpolitischer Ebene die drittstärkste Kraft geworden sind.

Tabelle 1: Präsidentschaftswahlen in Honduras 1997

		1997
Wahlberecht.		2.886.229
Abgeg. Stimmen		2.092.992
leere Stimmzettel	30.478	
ungültig		88.362
gültig		1.974.152

Partei	absolut	Prozent
PL	1.038.847	52,63
PN	844.994	42,81
PINU-SD	41.388	2,09
PDCH	24.946	1,26
PUD	23.977	1,21
Gesamt	1.974.152	100,00

Tabelle 2: Wahlen zum Congreso Nacional in Honduras 1997

		1997
Wahlberecht.		2.886.229
Abgeg. Stimmen		2.084.411
leere Stimmzettel	124.646	
ungültig		62.411
gültig		1.897.354

Partei	absolut	Prozent	Sitze
PL	939.598	49,54	67
PN	789.035	41,59	55
PINU-SD	78.146	4,11	3
PDCH	49.462	2,60	2
PUD	41.113	2,16	1
Gesamt	1.897.354	100,00	128

Tabelle 3a: Kommunalwahlen in Honduras 1997

		1997
Wahlberecht.		2.886.228
Abgeg. Stimmen		2.092.804
leere Stimmzettel	53.050	
ungültig		76.139
gültig		1.963.615

Partei	absolut	Prozent
PL	951.758	48,47
PN	877.224	44,68
PINU-SD	48.389	2,46
PDCH	51.459	2,62
PUD	34.785	1,77
Gesamt	1.963.615	100,00

Tabelle 3b: Kommunalwahlen in Honduras 1997

Partei	Bürgermeister	Kommunalbeiräte	Gesamt
PL	183	903	1086
PDCH	0	35	35
PINU	0	22	22
UD	1	21	22
PN	113	867	980
Gesamt	297	1848	2145

Tabelle 4: Ergebnisse der Wahlen zum 'Parlamento Centroamericano' (PARLACEN) 1997

Partei	Abgeordnete
PL	9
PN	8
PDCH	1
PINU-SD	1
PUD	1
insgesamt	20

Tabelle 5: Ergebnisse der Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen in Honduras (in Prozent)

	PL	PN	PINU-SD	PDCH	PUD
Präsidentschaft	52,63	42,81	2,09	1,26	1,21
Parlament	49,54	41,59	4,11	2,60	2,16
Kommunen	48,47	44,68	2,46	2,62	1,77

Ob die Möglichkeit, vom 'Voto Cruzado' Gebrauch zu machen, d.h. auf den verschiedenen Ebenen für verschiedene Parteien zu stimmen, in genügender Weise ausgeschöpft wurde, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Zum einen wird darauf verwiesen, daß der traditionelle Bipartidismus bestätigt wurde: So entfielen 95,1 Prozent der Stimmen auf Präsidents-, 91,1 Prozent auf Parlaments- und 93,0 Prozent auf Kommunalebene auf die beiden Mehrheitsparteien.

Auf der anderen Seite ist aber darauf zu verweisen, daß diese Möglichkeit zum ersten Mal bestand und daher das traditionelle Wahlverhalten noch nicht wesentlich beeinflussen konnte. Unbestreitbar ist aber etwas in Bewegung gekommen. Die Wahlergebnisse auf den unterschiedlichen Ebenen weichen doch beträchtlich voneinander ab. So erhielt der PL bei den Präsidentschaftswahlen rund 100.000 Stimmen mehr als auf Parlamentsebene. Am deutlichsten ist dieser Effekt bei den sogenannten Minderheitsparteien zu erkennen, die im allgemeinen bei den Parlamentswahlen fast doppelt so viele Stimmen wie bei den Präsidentschaftswahlen erhielten. Erstmals ist es sogar einer dieser Parteien, nämlich dem PUD, gelungen, den Bürgermeister in einer Gemeinde, und zwar in La Paz, zu stellen.

Diese Chancen werden die kleinen Parteien sicher in Zukunft in stärkerem Maße zu nutzen versuchen, um sich im Parteiensystem von Honduras wirksam zu etablieren und ein relevantes Gegengewicht zum politischen Traditionalismus zu bilden.

Aber mehr Unruhe wird es auch in den Mehrheitsparteien geben. Denn die Wähler haben nun mehr Möglichkeiten, die gewählten Mandatsträger zu kontrollieren sowie Personen und deren Parteien auf den unterschiedlichen Ebenen für ihre Leistungen zu 'belohnen' oder ihnen ihre Stimme zu entziehen. Mit einem Automatismus der identischen Stimmabgabe für sämtliche Ebenen ist nicht mehr zu rechnen, wie in den Wahlen vom 30. November 1997 klar erkennbar wurde. Obwohl Flores Facussé sich intensiv für den Kandidaten seiner Partei für das Bürgermeisteramt in Tegucigalpa, Hernán Allan Padgett, einsetzte, wurde dieser nicht gewählt und erreichte nur ca. 40 Prozent der Stimmen. Auf der anderen Seite mußte Nora Gúnera de Melgar schmerzhaft beobachten, daß der populäre Bürgermeisterkandidat ihrer Partei für die Hauptstadt von Honduras in erster Linie um die Stimme für seine Person und nicht für seine Partei warb.

Sicher müssen diese Wahlreformen noch weiter verfeinert werden und werden erst auf mittlere Sicht noch meßbarere Ergebnisse mit sich bringen. Wichtig ist aber schon jetzt, daß den Bürgern mehr Mitwirkungschancen eingeräumt werden, daß der Wettbewerb unter den politischen Parteien intensiver wird und daß auch innerhalb der Parteien mehr Konkurrenz stattfindet.

Zur Wahlbeteiligung

Viele politische Beobachter hat überrascht, daß die Wahlenthaltung nicht gestiegen ist, sondern im Gegenteil sich gegenüber 1993 (31,57 Prozent) leicht verringerte und sich nun auf 27,5 Prozent beläuft. Dieser Sachverhalt ist auch mit Erleichterung zur Kenntnis genommen worden, bietet aber weiterhin Anlaß zur Besorgnis.

Auf der anderen Seite sollte man es sich aber nicht zu leicht machen. Zählt man nämlich zu den Nicht-Wählern die Zahl der ungültigen Stimmen und der Stimmenthaltungen hinzu, erhöht sich die Zahl der Bürger, die sich nicht für eine der zur Wahl stehenden Parteien entschieden haben, auf 912.077 Personen, was 31,6 Prozent der Wahlberechtigten entspricht.

Und schließlich ist ein interessantes 'Protestphänomen' bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu beobachten, wo die Zahl der Stimmenthaltungen und der ungültigen Stimmen höher ist als die Zahl der Personen, die sich für die kleineren Parteien entschieden haben.

Somit kann man die Wahlbeteiligung zwar einerseits als Zustimmung zur Demokratie interpretieren, für die politischen Parteien bedeutet aber die Wahlenthaltung andererseits eine deutliche Mahnung zu verhindern, daß die Nicht-Wähler zur 'dritten politischen Kraft' in Honduras werden, womit die Glaubwürdigkeit der Demokratie gefährdet wäre.

Wie läßt sich erklären, daß angesichts der erwähnten Politikmüdigkeit, der Apathie innerhalb der Wählerschaft, des uninteressanten, spannungslosen Wahlkampfes die Wähler in beachtlicher Zahl ihre demokratischen Rechte wahrgenommen haben? Zum einen wird darauf verwiesen, daß mit der Bereinigung des Wahlregisters Doppelregistrierungen nun nicht mehr möglich sind und somit die wirkliche Zahl der Bevölkerung und damit der Wahlberechtigten erfaßt wurde. Zum anderen dürfte jedoch ein beachtliches Maß an Partizipationsbereitschaft und staatsbürgerlichem, demokratischem Bewußtsein entscheidend für die relativ gute Wahlbeteiligung gewesen sein.

Schließlich haben auch die Wahlreformen die Stimmabgabe wesentlich attraktiver gemacht; wichtig wird sein, diese Reformen weiter zu verfeinern, etwa durch die Wahl der Kandidaten durch die Parteibasis, durch die Einführung von Persönlichkeitswahl-Elementen, d.h. die Möglichkeit, nicht für eine Liste generell zu stimmen, sondern für die einzelnen Kandidaten einer Liste, oder durch die Schaffung von Wahlkreisen.

Interessant ist, daß die Wähler von der Möglichkeit, für verschiedene Parteien auf verschiedenen Ebenen zu stimmen (Voto Cruzado), in kluger Form Gebrauch gemacht haben.

Der PINU gewann die meisten Stimmen auf der Parlamentsebene, womit auch die bisherige parlamentarische Arbeit dieser Partei anerkannt wurde, während die Christdemokraten auf kommunalpolitischer Ebene doppelt so viele Stimmen erhielten wie bei den Präsidentschaftswahlen.

Tabelle 6: Wahlenthaltung bei Präsidentschaftswahlen in Honduras

1981	22,00 Prozent
1985	15,90 Prozent
1989	24,00 Prozent
1993	31,57 Prozent
1997	27,49 Prozent

Erste Schritte des neuen Staatspräsidenten

Am 27. Januar 1998 hat Carlos Flores Facussé unter großer nationaler und internationaler Beteiligung das Amt des Staatspräsidenten übernommen. Die Erwartungen an seine Person sind groß. In einer energischen Antrittsrede versuchte Flores Facussé, eine Atmosphäre des Optimismus zu schaffen, dem honduranischen Volk Selbstvertrauen zurückzugeben und Führungskraft zu zeigen. „Wir werden den Pessimismus besiegen“, wiederholte er mehrere Male und schlug einen 'Dekalog des öffentlichen Handelns' vor, welcher Selbstverpflichtungen und ethische Prinzipien enthält sowie Grundlage des politischen Neuanfangs sein soll.

Im Mittelpunkt seiner Anstrengungen soll der Kampf gegen die Armut sowie die Bekämpfung der Kriminalität stehen. Er versprach weiterhin eine klare, für die Sozialpartner berechenbare Regierungspolitik, durch welche wirtschaftliches Wachstum mit sozialem Ausgleich verbunden werden und auf diese Weise die Bevölkerung am

wirtschaftlichen Wohlstand spürbar teilhaben soll. Ein weiterer Schwerpunkt wird in der konsequenten Strafverfolgung der Personen bestehen, die sich in passiver oder aktiver Form der Korruption schuldig gemacht haben. Vor allem rief Flores Facussé die Bevölkerung auch dazu auf, nach vorne zu schauen, die Kultur des Paternalismus zu überwinden, selbst die Initiative zu ergreifen und so am Transformationsprozeß mitzuarbeiten, dessen Honduras so dringend bedarf.

Überwiegend positiv, zum Teil begeistert sind daher diese Worte des neuen Staatspräsidenten aufgenommen worden, an denen sein künftiges Handeln aber auch gemessen werden wird.

Mit Spannung erwartet wurde die Vorstellung des neuen Kabinetts durch Flores Facussé am 25. Januar 1998. Er selbst ist davon überzeugt, eine hervorragende Führungsmannschaft an seiner Seite zu haben, welche über reichhaltige politische, fachliche und administrative Erfahrungen verfüge. Vor allem scheint es Flores Facussé gelungen zu sein, die Einigkeit seiner Partei im Wahlkampf gewissermaßen auf die Regierungsarbeit zu übertragen, insofern die wichtigsten Strömungen seiner Partei als auch Vertreter verschiedener sozialer Sektoren im neuen Kabinett vertreten sind.

Kritisch ist allerdings angemerkt worden, daß die Zusammensetzung der neuen Regierung nicht den geweckten Erwartungen entspreche, daß es sich um einen Personenkreis handle, der Flores Facussé in besonderer Weise nahestehe und sein persönliches Vertrauen genieße, und daß einige Kabinettsmitglieder in früheren politischen Positionen nicht zu überzeugen vermochten.

In der veröffentlichten Meinung gehen die Ansichten daher auseinander, die Reaktionen reichen von begeisterter Zustimmung bis zu Enttäuschung, wobei die positiven Kommentare überwiegen.

Dem Kabinett gehören an:

Minister

Gustavo Alfaro	Ministro de la Presidencia
Delmer Urbizo Panting	Gobernación y Justicia
Fernando Martínez	Relaciones Exteriores
Reginaldo Panting	Industria y Comercio
Gabriela Núñez	Finanzas
Cristóbal Corrales Cálix	Defensa Nacional
Andrés Víctor Artiles	Trabajo y Seguridad Social
Marco Antonio Rosa	Salud Pública
Aristides Mejía Casco	Educación Pública
Tomás R. Lozano Reyes	Obras Públicas, Transporte y Vivienda
Hedman Allan Padget	Cultura, Artes y Deportes
Pedro Arturo Sevilla	Agricultura y Ganadería
Elvin Ernesto Castro	Recursos Naturales y Ambiente

Beamte im Ministerrang

Aníbal Delgado Fiallos	Director del INA
Manuel Zelaya Rosales	FHIS
Moisés Starkman	Secretaría Técnica y de Cooperación Internacional

Minister ohne Zuständigkeitsbereich

Jorge Arturo Reina
Nahum Valladares
Plutarco Castellanos

Roberto Leiva

Weitere hohe Beamte

Emin Barjum Mahomar	Presidente del BCH
Gerardo Zepeda Bermúdez	Comisionado Nacional de Ciencia y Tecnología
Carlos Mariano Martínez	Secretario Privado de la Presidencia

Mit der Ankündigung des Wirtschaftsprogramms der Regierung Flores Facussé wird für März 1998 gerechnet.

Die entscheidende Schwierigkeit wird darin bestehen, eine Balance zwischen notwendigen strukturellen Anpassungen auf der einen Seite und den der Bevölkerung zumutbaren Belastungen auf der anderen Seite zu finden. Auf jeden Fall aber muß der 'Funke überspringen', damit der wirtschaftliche Aufschwung gefestigt wird und der notwendige 'Ruck' durch die Gesellschaft von Honduras geht.

Erwartungen weckt natürlich die angekündigte Konzertation im Foro Nacional de Convergencia, für welche die rechtlichen Grundlagen schon gelegt sind; allerdings ist auch Skepsis vernehmbar, scheiterten doch die Konzertationsprozesse in der Regierungszeit von Rafael Leonardo Callejas (1990 bis 1994) und Dr. Carlos Roberto Reina (1994 bis 1998) an den Amtsinhabern, bzw. der Regierungspartei. Andererseits ist sich Flores Facussé aber darüber im klaren, daß er nur in einem ernsthaften, ehrlichen und permanenten Dialog die notwendige Unterstützung für seine Politik erhalten und somit die Grundlage für eine erfolgreiche Regierungspolitik legen kann.

In der Außenpolitik kündigte der neue Staatspräsident an, die seit 1962 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit Kuba wiederaufnehmen zu wollen, was vom Botschafter der Vereinigten Staaten in Tegucigalpa als verfrüht kritisiert wurde. Nach seiner Meinung sollte Honduras mit diesem Schritt warten, bis in Kuba Demokratie und Menschenrechte garantiert seien.

Außerdem mußte sich die neue Regierung mit den ererbten Problemen befassen wie einer drohenden Energiekrise, die vor allem durch die Auswirkungen des Klimaphänomens *El Niño* verursacht wird, der untragbaren Situation in den Haftanstalten, wo es im Januar 1998 wieder zu Aufständen und Ausbruchversuchen kam, dem ansteigenden Haushaltsdefizit im laufenden Jahr, der Festlegung der maritimen Staatsgrenze zwischen Nicaragua und Honduras so-wie der Rückführung von honduranischen Staatsbürgern aus den USA, die sich dort illegal aufhalten.

Zusammenfassung

1. Gewonnen hat eindeutig der Demokratisierungs-Prozeß in Honduras; eine wichtige Etappe im Konsolidierungs-prozeß der noch jungen Demokratie ist mit der Durchführung der fünften Wahlen nach der Militärdiktatur erreicht. Trotz der wirtschaftlichen Krise, trotz der sich ausbreitenden Armut hat die Bevölkerung ihr Wahlrecht in respek-tablem Form wahrgenommen und die Partizipationschancen genutzt, welche durch die Wahlrechtsreformen auch wesentlich attraktiver gemacht wurden. Die Wahlen und der Prozeß der Stimmauszählung wurden korrekt, trotz kleinerer Unzulänglichkeiten, durchgeführt und haben das Vertrauen in die demokratischen Institutionen gestärkt.

Der Wahlkampf verlief sicherlich unbefriedigend, zum Teil enttäuschend, zum Teil langweilig, vor allem ist eine ernsthafte und gehaltvolle Debatte über die Zukunft des Landes seitens der Präsidentschaftskandidaten und ihrer Parteien nicht geführt worden. Allerdings ist diese Wahlauseinandersetzung ohne persönliche Angriffe der Spitzen-kandidaten und ohne die übliche öffentliche Negativ-Kampagne der Parteien geführt worden. Dieser neue Stil des Umgangs untereinander – während des Wahlkampfes, am Wahltag und auch danach – stellt ein Novum in der poli-tischen Kultur des Landes dar, in der häufig das Schwarz-Weiß-Denken und das Freund-Feind-Schema

gepflegt werden. Vielleicht kann man sogar von dem Beginn eines Wandels in der politischen Kultur von Honduras sprechen, insofern die traditionellen, emotionalen Gegensätze zwischen den politischen Parteien überwunden werden und die politische Auseinandersetzung versachlicht wird.

2. Der Demokratisierungsprozeß in Honduras steht aber immer noch auf schwachen Füßen. Die politische Kultur ist immer noch durch eine strenge Auffassung von Recht und Ordnung und durch einen Autoritarismus gekennzeichnet, welche nicht nur Folge der Militärdiktatur in den Jahren 1963 bis 1981 sind, sondern sich auch in der Folgezeit in der starken Stellung des Militärs in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fortsetzten. Dem entspricht eine oligarchische Gesellschaftsstruktur, die politischen und sozialen Veränderungen zurückhaltend gegenübersteht und durch Armut und Analphabetismus noch weiter verfestigt wird. Dieses vorherrschende Grundmuster wurde durch den Zentralamerikakonflikt in den achtziger Jahren noch verstärkt.

Zum anderen ist der Demokratisierungsprozeß in Honduras noch recht jung. Der Spielraum, der mit der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in den Jahren 1980/81 verbunden war, wurde schnell von den traditionellen Mehrheitsparteien ausgefüllt, die zudem mit größeren finanziellen Zuwendungen aus dem öffentlichen und privaten Sektor rechnen konnten. Die kleineren Parteien hatten auch deshalb keine Chance, sich im politischen System von Honduras wirklich zu etablieren.

Große Teile der Zivilgesellschaft finden im allgemeinen nur geringe Partizipationschancen im politischen System von Honduras, wobei allerdings Fortschritte in der jüngsten Zeit durch die Bildung von Menschenrechtsgruppen und durch Anti-Korruptions-Komitees festzustellen sind. Außerdem tragen der unzureichende Stand der politischen Bildung und Information sowie die Schwäche der politischen Parteien (s.u.) dazu bei, daß weite Teile der Bevölkerung von der Meinungs- und Entscheidungsfindung ausgegrenzt werden.

Gefährdet wird der Demokratisierungsprozeß schließlich aber auch durch den Gegensatz zwischen arm und reich sowie die sich ausbreitende Armut, die Bedrohung der inneren Sicherheit und die Enttäuschung der Bevölkerung über eine ausbleibende Verbesserung der individuellen wirtschaftlichen und sozialen Lage. Gerade auch demokratische politische Ordnungen sind aber darauf angewiesen, ihre Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, damit die Bürger sich nicht enttäuscht abwenden und der Demokratie ihre Zustimmung entziehen.

3. Carlos Roberto Flores Facussé hat in den Wahlen vom 30. November 1997 einen großen persönlichen Erfolg errungen. Nach seiner Wahlniederlage im Jahre 1989 hat er sich, auch durch die Übernahme der Präsidentschaft des Congreso Nacional in der Zeit von 1994 bis 1998, intensiv auf diese Wahlauseinandersetzung vorbereitet. In dieser Zeit hat er in politischen und sozialen Konflikten geschickt vermitteln können und sich auch durch sein Eintreten für soziale Reformen einen Namen gemacht. Vor allem aber hat er durch die Vorstellung seines Regierungsprogramms, der 'Nueva Agenda', ein schlüssiges Konzept zur Lösung der Probleme von Honduras vorgelegt, was dem Partido Nacional erst zwei Monate vor der Wahl, allerdings in einer improvisierten Form, gelang. Er erwies sich eindeutig als kompetenter und auf die Übernahme des wichtigsten politischen Amtes in Honduras besser vorbereitet als seine Herausforderin Nora Gúnera de Melgar. Flores Facussé konnte darüber hinaus in der Demokratie seine ersten wichtigen politischen Erfahrungen sammeln, da er schon in jungen Jahren in der Regierung Suazo Córdova als Präsidentschaftsminister tätig war. Insofern kann er vielleicht unbelasteter von der Vergangenheit, d.h. von der Auseinandersetzung mit dem Militär, an die neuen Aufgaben herangehen. Möglicherweise steht Honduras also nicht nur vor einem Generationswechsel in der Politik, sondern auch vor einem Wechsel des politischen Stils. Die ersten Erklärungen des neugewählten Staatspräsidenten waren daher durchaus ermutigend. Vor allem hat er es geschickt verstanden, sich diplomatisch von der Politik seines Vorgängers abzusetzen und die Eigenständigkeit seines politischen Programms zu betonen.

4. Ob der Bipartidismus mit diesem Wahlergebnis erneut bestätigt wurde, sei dahingestellt.

Beide Mehrheitsparteien befinden sich offenkundig in einer programmatischen Krise, welche allerdings durch den politischen Alltag und die traditionelle Rivalität zwischen beiden Gruppierungen überspielt wird. Zur Wahl standen – überspitzt gesagt – nicht zwei Parteien, sondern zwei Gruppen aus verschiedenen Parteien, welche sich im internen Machtkampf durchgesetzt haben und deren Führungspersonlichkeiten dann Präsidentschaftskandidaten wurden.

Zwar wird weiterhin das Wahlverhalten entscheidend von der traditionellen Nähe zu einer politischen Partei sowie von der Persönlichkeit des jeweiligen Präsidentschaftskandidaten beeinflusst. In Honduras werden die Stimmabgabe und die Parteizugehörigkeit gewissermaßen ‘vererbt’ und sind Teil der jeweiligen Familientradition.

Andererseits ist offenkundig, daß die Wähler mündiger werden, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten stärker wahrnehmen und damit die Ausübung politischer Macht kontrollieren wollen. Es ist etwas in Bewegung gekommen. Das Wahlverhalten befindet sich im Übergang von einer traditionsgebundenen zu einer bewußt entschiedenen Stimmabgabe. Vielleicht befindet sich Honduras sogar am Beginn des Übergangs von einer elektoralen zu einer partizipativen Demokratie.

5. Auf den ersten Blick ist also das traditionelle Zwei-Parteiensystem in Honduras bestätigt worden. Untersucht man jedoch das Ergebnis der Kommunalwahlen genauer, ergeben sich interessante Beobachtungen über die Akzeptanz der kleineren Parteien.

Erstmals gelang es einer dieser Parteien, nämlich dem PUD, in der Stadt La Paz die Kommunalwahlen zu gewinnen und das Bürgermeisteramt zu besetzen.

Zum anderen gibt es erstmalig zwei Gemeinden, in denen sich eine der Minderheitsparteien in die zweitstärkste politische Kraft verwandeln konnte. Drittens gibt es 24 Orte, in welchen eine der kleineren Parteien mehr als zehn Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Dieses Phänomen konnte man 1993 nur in drei Gemeinden beobachten.

Und schließlich konnten die kleineren Parteien in 14 Gemeinden zusammen mehr als zehn Prozent der Stimmen gewinnen.

D.h. in 15 Prozent (insgesamt 41) der Städte und Gemeinden in Honduras haben die kleineren Parteien eine beachtliche Resonanz gefunden. Damit gerät der traditionelle Bipartidismus sicher noch nicht ins Wanken, jedoch zeigt sich, daß die Wähler bewußter, überlegter und kritischer ihre Stimme abgeben, die politische Arbeit von Personen und Parteien anerkennen und bereit sind, von ihrem traditionellen Wahlverhalten abzuweichen.

Bisher ist dieses Phänomen nur auf der kommunalpolitischen Ebene zu beobachten. Sollten aber die kleineren Parteien diesen Spielraum geschickt nutzen, können interessante Veränderungen im Parteiensystem von Honduras eintreten.

6. Die Wahlbeteiligung zeigt außerdem, daß die Bürger durchaus bereit sind, sich am Gemeinwesen, an Willensbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen, und somit in der Tat mehr politische Partizipation anstreben. Dazu müßten ihnen aber auch ernsthafte Chancen eingeräumt werden. Daher sollte der Weg der Wahlrechtsreform weiterverfolgt und das bestehende Verfahren durch Merkmale der Persönlichkeitswahl verfeinert werden, etwa dadurch, daß man auf einer Kandidatenliste sich für einen Bewerber entscheiden kann oder daß zwischen Erst- und Zweitstimme unterschieden wird. Interessant ist auch, daß Frauen stärker in der Politik von Honduras vertreten sind, allerdings nicht auf Parlamentsebene, aber doch schon beachtlich auf kommunalpolitischer Ebene, wo mindestens 25 Frauen das Bürgermeisteramt übernommen haben.

Mehr Partizipation müssen vor allem auch die politischen Parteien ermöglichen sowie durch interne Öffnung, inner-parteiliche Demokratie und Dialog mit der Sociedad Civil das Mitwirken in der Politik interessant und attraktiv machen. Dazu gehört vor allem auch, die vorhandenen oligarchischen Strukturen sowie den *caudillismo* und den *clien-telismo* zu überwinden, welche die politische Partizipation ernsthaft behindern. Außerdem müssen sie von Wahlvereinen zu programmatisch fundierten politischen Bewegungen werden: in Honduras existieren „Parteien ohne Ideologie, ohne Debatte und – häufig – ohne Lösungsvorschläge“, befand am 12. November 1997 die Tageszeitung *El Heraldo*. Sarkastisch heißt es dort weiter, modern seien die Parteien allein in der Form des politischen Marketings. Nach Kommentaren in der Tageszeitung *La Tribuna* befinden sich die beiden traditionellen politischen Kräfte, der Partido Liberal und der Partido Nacional, derzeit in einer gravierenden Identitäts-Krise.

Schließlich sind die Parteien auch gut beraten, gegen antidemokratische Verhaltensweisen aus den eigenen Reihen vorzugehen, auch wenn diese kurzfristige Vorteile in der politischen Auseinandersetzung zu verheißen scheinen, und den Kampf gegen die Korruption ernsthaft aufzunehmen. So müssen zum Beispiel die Verantwortlichen für die beschriebenen Versuche der Wahlfälschung und Bestechung auch innerparteilich zur Rechenschaft gezogen werden. So hat im Wahlkampf Flores Facussé öffentlich dem Partido Nacional vorgeworfen, eine beträchtliche Zahl der neuen 'Tarjetas Unicas de Identidad' gekauft zu haben, um auf diese Weise den Ausgang der Wahlen zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Außerdem müssen die Parteien durch ihr eigenes Verhalten beweisen, daß sie in erster Linie zum Dienst an der Demokratie und am Gemeinwohl verpflichtet sind. So ist es ein gutes Zeichen, daß zu Beginn der neuen Legislaturperiode vom neuen Parlamentspräsidenten, Rafael Pineda Ponce, und anderen Abgeordneten eine Initiative einer Gruppe des Partido Liberal, welche auch die Unterstützung in Kreisen des Partido Nacional fand, deutlich zurückgewiesen wurde, die Höhe der monatlichen Diäten, die sich derzeit auf ca. 1000,- US-Dollar belaufen, zu verdoppeln.

Entscheidend für die Zukunft der Demokratie in Honduras wird also auch sein, in welcher Weise die Parteien konkrete Lösungsvorschläge vorlegen, auf diese Weise eine wirkliche Debatte ermöglichen, zu politischer Bildung, Orientierung und Information der Bürger beitragen sowie durch demokratisches Verhalten für die Demokratie werben.

7. Die beschriebenen, fast unlösbaren Probleme bleiben bestehen, die sicher ohne Unterstützung des Auslands nicht überwunden werden können.

Daher wird entscheidend sein, ob es der Regierung Flores gelingen wird, ein schlüssiges Regierungsprogramm vorzulegen sowie in einer Politik der Konzertation die wichtigsten sozialen Kräfte in die politische Arbeit einzubeziehen und ihr Vertrauen für die notwendigen Reformen zu gewinnen. So könnten auch die Voraussetzungen für eine Neuverhandlung der Auslandsschuld geschaffen werden, ohne welche die internen Anstrengungen von Honduras scheitern dürften.

In diesem Zusammenhang sollte ernsthaft der Vorstoß von Erzbischof Oscar Andrés Rodríguez bedacht werden, der einen Zusammenhang zwischen der Auslandsverschuldung und der Korruptionsbekämpfung herstellen möchte. Würde es Honduras wie anderen Ländern Lateinamerikas gelingen, die Korruption wirksam zu bekämpfen, sollte die internationale Gemeinschaft diesen Ländern in der Schuldenfrage entgegenkommen. Damit würde zum einen den politischen Akteuren ein wichtiger Anreiz gegeben, dieses Thema ernsthaft anzugehen, zum anderen würden auch die Politiker und Parteien gestärkt und ermutigt, Eigenanstrengungen auf diesem schwierigen Feld zu unternehmen, und schließlich würde auch die Bevölkerung in Honduras sehen, daß es der internationalen Gemeinschaft mit diesem Thema ernst ist und daß sie Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung zu würdigen weiß.

Ausblick

Carlos Flores Facussé übernimmt ein schwieriges Erbe. Sicher ist es richtig, daß der scheidende Staatspräsident Carlos Roberto Reina die Staatsgeschäfte in sehr viel besseren Konditionen seinem Nachfolger übergibt, als er sie erhalten hat. In der Tat ist vor allem im letzten Jahr seiner Amtszeit eine ökonomische Erholung eingetreten, und die makroökonomischen Rahmenbedingungen haben sich wesentlich verbessert. Andererseits bestehen aber die strukturellen Probleme weiter, die Honduras zum zweitärmsten Land Lateinamerikas gemacht haben.

Umso positiver sind daher die Ankündigungen des neuen Staatspräsidenten zu werten, der erklärt hat, den vorherrschenden Pessimismus überwinden zu wollen, und der sich mit Zuversicht und Tatkraft den neuen Aufgaben zuwendet.

Das wichtigste Nahziel besteht darin, einen Prozeß der nationalen Versöhnung und Verständigung durchzuführen, die sozialen Verbände und die politischen Kräfte in einen nationalen Dialog einzubeziehen, um auf diese Weise das Vertrauen der Bürger in die Politik wieder zu erlangen. Aufgrund der noch anhaltenden Popularität von Staatspräsidenten Flores Facussé scheinen die Chancen nicht schlecht zu stehen, die 'Nueva Agenda' in die Tat umzusetzen und ein Honduras zu schaffen, „in dem alle zählen und in welchem es auf jeden einzelnen ankommt“.

Die Wahlen vom 30. November 1997: also tatsächlich ein neuer Anfang für Honduras?

Das Manuskript wurde am 28. Februar 1998 abgeschlossen.

Literaturhinweise

Eduardo Baumeister (Hg.), *El Agro Hondureño y su Futuro*, Tegucigalpa, 1996.

Eduardo Baumeister (Hg.), *Deuda Externa por Desarrollo. Alternativas y Esperanzas*, Tegucigalpa, 1997.

Julieta Castellanos *La Inseguridad Ciudadana. Centro de Documentación de Honduras, Boletín Especial no. 79*, April 1997.

Efraín Díaz Arrivillaga/Roberto Robleda/Leticia Salomón, *Honduras: Hacia una Política Económica Alternativa*, Tegucigalpa, 1997.

Martiniano Lombraña, *Realidad Socio-Económica de Honduras*, La Ceiba, 1996.

Efraín Moncada Valladares, *Economía Hondureña en Picada*, Tegucigalpa, 1997.

Edgardo Antonio Rodríguez, *Elecciones '97. Perfiles, Biográficos y Políticos*, Tegucigalpa, 1997.

Leticia Salomón/Julieta Castellanos/Dora Castillo, *Corrupción y Democracia en Honduras*, Tegucigalpa, 1996.

Leticia Salomón, *Democratización y Sociedad Civil en Honduras*, Tegucigalpa, 1997.

Leticia Salomón/Julieta Castellanos/Mirna Flores, *Ciudadanía y Participación en Honduras*, Tegucigalpa, 1996.

Héctor Francisco Trejo, *Realidad Socioeconómica de Honduras*, Tegucigalpa, 1996.

Anhang

Allgemeine Daten zur wirtschaftlichen Situation in Honduras

Tabelle 1: Sozioökonomische Indikatoren (1996)

Jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP)	3.5 Prozent
BIP pro Einwohner	US-Dollar 597
Durchschnittliches Wachstum des BIP pro Kopf	0,40 Prozent
Defizit im öffentlichen Sektor (in Prozent des BIP)	-2,5 Prozent
Jährliche Inflationsrate	26,0 Prozent
Durchschnittliches Wachstum der städtischen Arbeitslosigkeit	6,3 Prozent
Durchschnittliche Wachstumsrate der Mindestlöhne 1995 (real)	-2,0 Prozent
Auslandsschulden (in Millionen)	US-Dollar 4.300
Schuldendienst 1995 (in Millionen)	US-Dollar 438

Quelle: *La Prensa*, 28. November 1997

Tabelle 2: Jährliche Inflationsraten

Jahr	Inflationsrate in Prozent
1986	3,2
1987	2,9
1988	6,7
1989	11,4
1990	36,4
1991	21,4
1992	6,5
1993	13,0
1994	28,9
1995	26,8
1996	26,0
1997*	12,8

* = geschätzt

Quelle: CEPAL, 1996

Tabelle 3: Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (1986-1996)

1986	2,3 Prozent
1987	4,9 Prozent
1988	4,9 Prozent
1989	4,7 Prozent
1990	-0,8 Prozent
1991	2,0 Prozent
1992	6,3 Prozent
1993	7,0 Prozent
1994	-1,3 Prozent
1995	3,2 Prozent
1996	3,5 Prozent

Quelle: CEPAL, 1996

Tabelle 4: Wachstum des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf der Bevölkerung (1986-1996)

1986	-2,5 Prozent
1987	2,6 Prozent
1988	1,2 Prozent
1989	1,0 Prozent
1990	-3,1 Prozent
1991	-0,1 Prozent
1992	2,2 Prozent
1993	2,8 Prozent
1994	-4,1 Prozent
1995	0,3 Prozent
1996	0,4 Prozent

Quelle: Banco Central de Honduras (BCH), 1996

Tabelle 5: Abwertung des Lempira gegenüber dem US-Dollar

1989	1 US-Dollar = 2,87 Lempiras
1990	1 US-Dollar = 5,30 Lempiras
1991	1 US-Dollar = 5,40 Lempiras
1992	1 US-Dollar = 5,83 Lempiras
1993	1 US-Dollar = 7,26 Lempiras
1994	1 US-Dollar = 8,41 Lempiras
1995	1 US-Dollar = 10,40 Lempiras
1996	1 US-Dollar = 12,09 Lempiras
1997	1 US-Dollar = 13,08 Lempiras

Quelle: *El Heraldo Económico* vom 24.3.1997

Tabelle 6: Tägliche Kosten für Grundnahrungsmittel für eine fünfköpfige Familie (in Lempiras)

Jahr	Kosten
1990	16,43
1991	23,59
1992	25,28
1993	27,76
1994	34,64
1995	42,95
1996	55,43
1997	65,92

Quelle: *El Heraldo* vom 3. Februar 1998

Allgemeine Daten zur sozialen Situation in Honduras

Tabelle 7: Banküberfälle in Honduras

Jahr	Raub in Mio. Lempiras
1993	2,2
1994	2,8
1995	8,3
1996	8,5
1997	7,3

Quelle: *El Tiempo* vom 13. August 1997

Tabelle 8: Autodiebstähle

Jahr	Anzahl
1985	130
1986	155
1987	116
1988	114
1989	420
1990	458
1991	438
1992	770
1993	900
1994	1.296
1995	1.782
1996	1.954
1997*	1.146
Total	9.679

* = in den ersten drei Monaten

Quelle: *La Prensa* vom 27. April 1997

Tabelle 9: Anzahl der Banküberfälle pro Jahr in Honduras

Jahr	Anzahl
1993	11
1994	14
1995	46
1996	53
1997	42

Politische Situation in Honduras – Wahlergebnisse der Vorjahre

Tabelle 10: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen (1981 bis 1993)

1981		Partei	absolut	Prozent
Wahlberecht.	1.558.316	PL	636392	53,90
Abgeg. Stimm.	1.214.735	PN	491089	41,60

leere Stimmz.	17.430	PINU	29419	2,50
ungültig	17.245	PDCH	19163	1,60
gültig	1.180.060	unabhängig	3997	0,30

1985		Partei	absolut	Prozent
Wahlberecht.	1.901.757	PL	786594	51,00
Abgeg. Stimm.	1.597.841	PN	701406	45,50
leere Stimmz.	28.230	PINU	23705	1,50
ungültig	27.733	PDCH	30173	2,00
gültig	1.541.878	unabhängig		

1989		Partei	absolut	Prozent
Wahlberecht.	2.366.448	PL	776983	44,3
Abgeg. Stimm.	1.799.146	PN	917168	52,3
leere Stimmz.	18.483	PINU	33952	1,9
ungültig	27.107	PDCH	25453	1,5
gültig	1.753.556	unabhängig		

1993		Partei	absolut	Prozent
Wahlberecht.	2.734.121	PL	906793	53,0
Abgeg. Stimm.	1.776.204	PN	735123	42,97
leere Stimmz.	21.895	PINU	48471	2,83
ungültig	43.572	PDCH	20350	1,19
gültig	1.710.737	unabhängig		

Tabelle 11: Sitzverteilung im Congreso Nacional

	Sitze pro Partei				
	1981	1985	1989	1993	1997
PL	44	67	56	71	67
PN	34	63	71	55	55
PINU	3	2	0	2	3
PDCH	1	2	1	0	2
PUD	–	–	–	–	1

Heinrich Meyer ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Costa Rica. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Betreuung von Projekten in Honduras und Panama.